



# **Beschlüsse** zur ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeits- gemeinschaft Migration und Vielfalt

14.–15. Juni 2019 in Berlin

# **Antragsübersicht der Anträge zur Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt**

## **Mitglieder der Antragskommission**

### **Bundesvorstand**

Susanne Kasztantowicz

Christopher Keiichi Schmidt

### **Aus den Landesverbänden und Bezirken**

Detlev Buchholz	Rheinland-Pfalz
Olaf Craney	Nordrhein-Westfalen
Nazan Komral	Schleswig-Holstein
Murat Polat	Hessen-Nord
Timo Schramm	Berlin
Anna Stvrtecky	Bayern

# 1 Inhalt

2	Arbeitsprogramm.....	3
3	Antrag 1 .....	3
4	Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2019 bis 2021: Zusammenhalt in der	
5	Einwanderungsgesellschaft.....	3
6	Teilhabepolitik und Interkulturelle Öffnung.....	8
7	Antrag 2 .....	8
8	Gesellschaftspakt für Vielfalt und Teilhabe .....	8
9	Antrag 4 .....	11
10	Demokratie erleben für alle! .....	11
11	Flüchtlingspolitik.....	11
12	Antrag 7 .....	11
13	„Sichere Herkunftsstaaten“ kein Instrument der Sozialdemokratie.....	11
14	Antrag 8 .....	12
15	Für eine humanitäre Asylpolitik - gegen Seehofers Hau-Ab-Gesetze! Schmerzgrenze für die	
16	SPD ist mehr als überschritten! .....	12
17	Europäische Flüchtlingspolitik.....	13
18	Antrag 19.....	13
19	Abkehr von der menschenverachtenden europäischen Abschottungspolitik.....	13
20	Antrag 23.....	15
21	Stoppt das Sterben im Mittelmeer! .....	15
22	Organisation.....	16
23	Antrag 29.....	16
24	Doppelspitzen in den AG-Richtlinien ermöglichen.....	16
25	Initiativantrag 1 .....	16
26	Keine Rolle rückwärts beim Staatsangehörigkeitsrecht.....	16
27	Initiativantrag 2 .....	17
28	Für einen strukturellen und inhaltlichen Neuanfang der SPD.....	17
29		

# 1 **Arbeitsprogramm**

## 2 **Antrag 1**

3 AntragstellerIn: Bundesvorstand

### 4 **Arbeitsprogramm der AG Migration und Vielfalt 2019 bis 2021:** 5 **Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft**

6 (Angenommen)

7 In den letzten beiden Jahren war unsere AG weiterhin ein stark sichtbarer Teil der SPD.  
8 Zahlreichen Diskussionen in unseren Themenfeldern konnten wir unseren Stempel aufdrü-  
9 cken. Wir kommen aufgrund der Großen Koalition jedoch immer wieder an Grenzen, wo wir  
10 zwar Parteiintern gute Beschlüsse durchsetzen können, aber die Regierungsarbeit dieser  
11 kaum Rechnung trägt und damit die Beschlüsse konterkariert. Eine Erneuerung gerade in  
12 unserem Bereich ist mit und in der Großen Koalition nicht möglich.

13 Wir wollen deshalb in den nächsten beiden Jahren weiterhin die Programmatik der SPD fort-  
14 entwickeln, aber auch dafür sorgen, dass die große Bedeutung unserer Themen für die Sozi-  
15 aldemokratie endlich in den Köpfen ankommt und es nicht mehr nur als Verhandlungsmasse  
16 angesehen wird. Dafür müssen Netzwerke ausgebaut und aus den Bundesländern koordi-  
17 niert gemeinsame Anstrengungen unternommen werden. Die wachsende Vielfalt auch in  
18 Führungspositionen, die wir aktiv mit fördern und fordern, ist dabei notwendig, um erfolgreich  
19 zu werden.

20 Darüber hinaus hat der Austausch mit den Organisationen unserer Einwanderungsgesell-  
21 schaft gezeigt, dass viele Hoffnungen mit der SPD verbunden sind, aber auch eine große  
22 Enttäuschung. Unsere Vorschläge zur Zielgruppenarbeit werden wir weiterhin energisch ein-  
23 bringen und eine Umsetzung trotz weniger Ressourcen einfordern. Ansonsten werden die  
24 Enttäuschungen die Distanz zur Einwanderungsgesellschaft weiter vergrößern.

25 Gemeinsam mit Partner innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie wollen wir den Zu-  
26 sammenhalt in unserer Einwanderungsgesellschaft stärken.

#### 27 **Organisatorische Schwerpunkte**

28 Viele Instrumente und die bisherige Arbeit des Bundesvorstands haben sich bewährt und wir  
29 wollen diese weiterentwickeln und weiterführen. Folgende organisatorische Schwerpunkte  
30 wollen wir deshalb in den nächsten Jahren setzen:

31 1. Unsere bisherigen Erfolge basieren auf gute und verlässliche Netzwerke. Diese wolle  
32 wir ausbauen und stärken:

- 33 • Wie schon in der Vergangenheit wollen wir uns innerhalb der Sozialdemokratie und  
34 der ihr nahe stehenden Institutionen, wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, eng verzahnen. Dabei  
35 wird der Austausch mit der Bundestagsfraktion, insbesondere in der Person des Integrations-  
36 beauftragten Karamba Diaby, aber auch mit der Querschnitts-AG Integration und Migration  
37 mit Lars Castellucci einen wichtigen Punkt darstellen.

- 1 • Wie schon in den vergangenen Jahren wollen wir themenbezogen mit den anderen  
2 Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene zusammenarbeiten. Hier gilt es das vorhandene  
3 Netzwerk weiter auszubauen, zu stärken und gemeinsame Inhalte und Veranstaltungsfor-  
4 mate zu entwickeln.
- 5 • Auch mit dem zweiten Kommunalkongress in Frankfurt am Main haben wir zahlreiche  
6 aktive Genoss\*innen mit Migrationshintergrund zusammenbringen können. Durch Podiums-  
7 diskussionen, Vorträge und Fachforen fand ein informeller Austausch statt. Auf dem Kommu-  
8 nalkongress diskutieren Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen zentrale  
9 Integrations- sowie kommunale Fragen. Die Rückmeldungen waren gut und wir wollen den  
10 Kongress deshalb weiterführen.
- 11 • Externe Partner\*innen sind besonders wichtig für unsere Arbeit, wenn wir mit Druck  
12 von außen Themen der Einwanderungsgesellschaft bewegen wollen. Zum Austausch haben  
13 wir in den letzten beiden Jahren eine Umfrage initiiert, die interessante Ergebnisse geliefert  
14 hat. Dies wollen wir kontinuierlich durchführen. Unsere Idee für einen Beirat oder Gipfel mit  
15 Vertreter\*innen der Neuen deutschen Organisationen und Migrantenorganisationen halten  
16 wir weiterhin für sehr wichtig und werden es auch zukünftig mithilfe der SPD umzusetzen  
17 versuchen.
- 18 • Wir wollen anfangen uns auch international zu vernetzen, was wir in der letzten Wahl-  
19 periode nicht geschafft haben. Gerade das Thema Migration zeigt, dass der Blickwinkel und  
20 der Umgang in verschiedenen Staaten sehr emotional und sehr unterschiedlich ausgestaltet  
21 sind. Als inhärent international angelegt kann es aber ernsthaft auch nur international ange-  
22 gangen werden. Um auch europaweit für unsere Ideen und Ideale zu werben, brauchen wir  
23 Partnerinnen und Partner. Wir wollen daher mit der SPE, der S&D Fraktion und den Partner-  
24 parteien der SPD in Kontakt treten und Wege des inhaltlichen Austausches suchen. Wir  
25 müssen mit unseren Schwesternparteien wieder enger zusammenrücken, uns austauschen  
26 und organisieren. Nur so werden wir es schaffen, die Herausforderungen der kommenden  
27 Jahre zu bewältigen.
- 28 • Der „Preis der Vielfalt“, der 2015 ins Leben gerufen wurde erhält sehr großen Zu-  
29 spruch. Das hat unseren Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt dazu bewegt, diesen  
30 als festen Bestandteil in unser Arbeitsprogramm zu nehmen. Es soll darauf geachtet werden,  
31 dass der/die Preisträger/in sich nachhaltig in einem ein aktuellen Themenbereich, für 2017  
32 war es das Thema „Kampf gegen Rechts“, engagiert. Der Preis wird alle 2 Jahre auf der or-  
33 dentlichen Bundeskonferenz in einem angemessenen Rahmen verliehen und von prominen-  
34 ten Laudatoren begleitet werden. Mit dem Preis wollen wir zivilgesellschaftliches Engage-  
35 ment ehren, aber auch unser Netzwerk erweitern und parteiintern sichtbar machen, welche  
36 innovative Arbeit in der Gesellschaft geleistet wird.
- 37 • Die Projektgruppe der Russischsprachigen befindet sich in der Arbeitsphase und hat  
38 ein ambitioniertes Programm für die Jahre 2019/20 vorgelegt. Wir halten es zunächst für  
39 sinnvoll die Gruppe der Russischsprachigen als äußerst heterogen zu betrachten. Unsere  
40 Arbeit wird sich jedoch grundlegend auf die zwei größten Gruppen, die der Russlanddeut-  
41 schen und die der jüdischen Zuwander\*innen, konzentrieren. Trotz der Unterschiede zwi-  
42 schen ihnen, sind in der Agenda mehrere Überschneidungen zu verfolgen. Die Interessen-  
43 vertretungen der Russlanddeutschen haben ihre wichtigsten Themenbereiche mehrmals arti-  
44 kuliert. Zusammengefasst gibt es die drängendsten Fragen in den Bereichen Rente/Leben

1 im Alter, Integration, Schule/Kultur und Sicherheit. Als eine Maßnahme wollen wir diese Fra-  
2 gen im Rahmen eines parlamentarischen Fachgesprächs diskutieren. Dazu sollen die fach-  
3 politischen Sprecher\*innen der Fraktion oder andere fachkundige MdBs und einschlägige  
4 Funktionsträger\*innen der russischsprachigen Interessensvertretungen sowie Interessierte  
5 eingeladen werden. Die SPD-Mandatsträger\*innen bringen dabei ihre Positionen zum Aus-  
6 druck (Gesetzeslage, Einschätzung des Handlungsbedarfs) und informieren ggf. die Anwe-  
7 senden über die geplanten Verbesserungsmaßnahmen in den genannten Bereichen. Als  
8 eine weitere Aktivität auf Grundlage der Veranstaltung/des Fachgesprächs planen wir eine  
9 Dialogrunde, wozu wir Ressourcen von der SPD organisieren müssen.

10 2. Uns ist seit AG-Gründung der praktizierte inhaltliche Austausch mit den regionalen  
11 Akteur\*innen sehr wichtig. Instrumente, die sich bewährt haben, sollen auch weiterhin ge-  
12 nutzt und weiterentwickelt werden:

13 • Unser Newsletter dient dem Austausch von Informationen zwischen der Bundes- und  
14 Landesebene und innerhalb der Landesverbände. In Zukunft soll der Newsletter noch mehr  
15 zu einem inhaltlichen Diskursmedium ausgebaut werden, in dem kontroverse Diskussionen  
16 Platz finden.

17 • Die Sozialen Medien sind ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit im Austausch mit  
18 den Akteur\*innen auf allen Ebenen. Diesen Austausch gilt es zu intensivieren. Die Kommuni-  
19 kation via Facebook ist einfach und bietet ein niedrighschwelliges Kontaktangebot. Ein echtes  
20 und wertvolles Feedback erhielten wir direkt und unmittelbar von den Usern. Wir waren je-  
21 derzeit erreichbar und ansprechbar und konnten in den direkten Dialog treten. Bei politischen  
22 Ereignissen war es möglich, schnell, mobil und ohne technisches Wissen mit einem State-  
23 ment zu reagieren. Digitale Kampagnen waren ebenfalls einfach erstellt und daher ein gutes  
24 Instrument zur Umsetzung und Unterstützung unserer Themen. Das wollen wir weiterführen  
25 und unsere Community stärken, damit gegenseitig viel mehr geteilt und verbreitet wird.

26 • Die technischen Grundvoraussetzungen für ein gemeinsames Wiki haben wir ge-  
27 schaffen und nun sind wir daran, das Wiki mit Wissen zu füllen. Hier gilt es, das Wissen der  
28 einzelnen zusammenzutragen, so dass wir es in das Wiki einpflegen können. Das individu-  
29 elle Wissen des einzelnen wird zum Kapital der Mitstreiterinnen und Mitstreiter unserer AG  
30 bundesweit. Hierbei werden wir mehr Zuarbeit der Bundesländer einfordern, damit das Wiki  
31 mit Leben gefüllt wird.

32 • Die BuVo-Sitzungen fanden an abwechselnden Orten statt. Diese Praxis wollen wir  
33 fortsetzen, um mit unseren Arbeitsgemeinschaften vor Ort Themen vorzubringen und Prä-  
34 senz zeigen zu können.

35 3. Inhalte werden nicht umgesetzt, wenn sie nicht sichtbar sind. Wir wollen darum die  
36 Aufmerksamkeit, die wir bei einem Fachpublikum geschaffen haben, ausweiten:

37 • Wie in den letzten Jahren wollen wir die innerparteilichen Kanäle für die Öffentlich-  
38 keitsarbeit intensiv nutzen. Wir wollen daran anknüpfen und zukünftig mit mehr Gesichtern  
39 aus dem Bundesvorstand sichtbar werden. Bei Parteitagern wollen wir weiterhin sichtbar sein.

40 • An die bisherige erfolgreiche Pressearbeit der Bundesvorstand wollen wir anknüpfen  
41 und diese weiterführen.

1 4. Die Interkulturelle Öffnung der SPD ist weiterhin eine wichtige Aufgabe für uns und  
2 wir sind bei weitem noch nicht da angekommen, wo wir sein wollen. Den Prozess wollen wir  
3 weiterhin führen und mit dem Willy-Brandt-Haus begleiten. Dies umfasst für uns alle Berei-  
4 che von der Neumitgliederansprache bis zur Förderung von Vielfalt in den Führungsgremien.

## 5 **Inhaltliche Schwerpunkte**

6 Die Themen unserer Arbeitsgemeinschaft betreffen sämtliche Bereiche unserer Einwande-  
7 rungsgesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei allen Vorhaben auch immer  
8 die Themen Migration und Vielfalt als Querschnittsaufgaben im Vorfeld mitgedacht werden.  
9 Nichtsdestotrotz setzen wir einen gesonderten Fokus auf einzelne Bereiche, da sie aktuell  
10 Klärungsbedarf aufweisen oder der intensive öffentliche Blick dies erfordert. Folgende  
11 Schwerpunkte wollen wir in den nächsten beiden Jahren setzen:

### 12 1. Antirassismus und Kampf gegen Rechts

13 Die neue und alte Rechte hat seit 2017 nun einen parlamentarischer Arm im Bundestag und  
14 ist auch in den Landesparlamenten zum Teil stark vertreten. Es bleibt also weiterhin notwen-  
15 dig, deutlich Haltung zu zeigen. Die parlamentarische Rechte trägt aktiv dazu bei, dass Hass  
16 und Hetze im Netz aber auch in der Realität stark präsent sind. Wir werden dies, wie auch in  
17 der Vergangenheit, als AG kritisch kommentieren und da wo es geht, auch bei Protesten  
18 Präsenz zeigen.

19 Nationalistische rechte Kräfte befinden sich in ganz Europa und darüber hinaus im Aufwind.  
20 Wir beobachten mit Sorge weltweit antidemokratische Entwicklungen hin zu Autoritarismus  
21 und Nationalismus. In Deutschland erobert die AfD mit ihren rückwärtsgewandten Parolen  
22 und vermeintlich einfachen Antworten auf komplexe Fragen immer noch viel zu viele Stim-  
23 men.

24 Aus unserer Sicht müssen alle demokratischen Kräfte sich dieser rechten Mobilisierungsg-  
25 welle gemeinsam entgegenstellen. Wir werden unsere Haltung zu gruppenbezogener Men-  
26 schenfeindlichkeit deutlich hörbar gestalten, uns weiter im Kampf gegen Rechts engagieren  
27 und Initiativen und Projekte unterstützen und uns in den Medien zu Wort melden.

28 Unser Ziel bleibt es, daran zu arbeiten, dass Demokratieförderung zu verstetigen und ge-  
29 setzlich stärker zu verankern. Wir werden aber auch weiterhin kritisch die Tätigkeit der Be-  
30 hörden, auch einzelner Bundesländer, im Umgang mit rechter Gewalt beobachten und hin-  
31 terfragen.

### 32 2. Migration und Flucht

33 Der Fetisch der Union mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik scheint kein Ende zu neh-  
34 men. Immer wieder kommen neue Vorstöße, die leider unzureichend von der SPD gebremst  
35 werden. Der schon restriktive Koalitionsvertrag wird dadurch immer weiter nach rechts ver-  
36 schoben. Wir werden weiterhin früh auf weitere Verschärfungsvorschläge reagieren und  
37 auch innerhalb der SPD Klärungsprozesse provozieren und voranbringen. Hierbei wollen wir  
38 verstärkt den Schulterschluss mit Verbänden wie Pro Asyl suchen.

### 39 3. Feminismus und Migration

1 Es gehört zur traurigen gesellschaftlichen Realität in Deutschland, dass eine marginale An-  
2 zahl von Burkaträgerinnen eine größere Debatte und Emotionalität hervorruft, als die häufi-  
3 gen Akte körperlicher, und speziell auch sexueller Gewalt, welche Flüchtlingsfrauen erfahren  
4 haben oder noch erfahren. Dies sagt viel über das Verständnis von Frauenrechten in Bezug  
5 auf Migrantinnen aus. Oft geht es nur vordergründig um den Schutz von Frauen, eigentlich  
6 aber, um die Bestätigung und Abgrenzung des Selbst- und Fremdbildes. Wir wollen diese  
7 Debatte nicht den Vorurteilen überlassen! Wir kämpfen für eine wirkliche Gleichstellung der  
8 Geschlechter! Wir wollen dieses Thema aber nicht alleine, sondern im Schulterschluss mit  
9 der ASF bearbeiten. Gemeinsam wollen wir mit Frauen mit und ohne Migration dieses wichti-  
10 ge Thema analysieren und die versuchen einen gemeinsamen Arbeitsauftrag zu formulie-  
11 ren. Im Idealfall wollen wir einen gemeinsamen Antrag mit der ASF beim Bundesparteitag  
12 einbringen.

#### 13 4. Aufstieg und Teilhabe durch Bildung und Arbeit

14 Nach wie vor ist es nicht gelungen, Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln.  
15 Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte profitieren nicht genug  
16 vom Aufstiegsversprechen durch Bildung. Alte Instrumente sozialdemokratischer Aufstiegs-  
17 politik müssen deshalb wiederbelebt werden und durch neue ergänzt werden. Notwendig  
18 sind etwa Investitionen in die frühkindliche Bildung, bei gleichzeitiger Abschaffung der so ge-  
19 nannten „Herdprämie“. Hierzu gehört eine kostenlose Bildung von der Krippe (bis zur Hoch-  
20 schule) und der Ausbau von Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren. Während das deut-  
21 sche Ausbildungssystem international gelobt wird, müssen wir Erkenntnisse und Strukturen  
22 ausländischer Schulsysteme viel stärker untersuchen und auf Deutschland anwenden.  
23 Hierzu möchten wir mit Experte\*innen vergleichender Erziehungswissenschaften bzw. Schul-  
24 politiker\*innen ins Gespräch kommen. Wir möchten eine Debatte darüber anstoßen, wie es  
25 gelingen kann, nach dem „katholischen Mädchen vom Land“ nun auch dem „ausländischen  
26 Jungen aus der Stadt“ Bildungschancen ohne Vorurteile und Barrieren zu ermöglichen.

27 Auch in der Wirtschaft ist noch keine Gleichstellung erreicht. Mitarbeiter mit Einwanderungs-  
28 geschichte sind in leitenden Positionen völlig unterrepräsentiert. Werden sie über die Auf-  
29 stiegsmöglichkeiten und Voraussetzungen informiert? Wie werden junge Migrantinnen und  
30 Migranten überhaupt bei ihrer Berufswahl unterstützt? Warum nutzen sie nicht die vielfältigen  
31 Möglichkeiten, sondern arbeiten vor allem in ein paar wenigen Berufen? Hier wollen wir Ge-  
32 spräche mit den Handwerkskammern, der IHK und auch den Gewerkschaften führen.

#### 33 5. Religiöse Vielfalt

34 In der SPD wird die Debatte um die Gleichstellung des „Islam“ sehr unterschiedlich geführt,  
35 eine klare Haltung scheint es nicht zu geben. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie wir  
36 seitens der Sozialdemokratie Fragen der religiösen Vielfalt und zum Umgang mit dem Islam  
37 zeitgemäß beantworten können. Dabei wollen wir uns insbesondere der Herausforderung  
38 stellen, wie man die Organisationen der Muslime unterstützen kann, sich von den Herkunfts-  
39 regionen zu emanzipieren. Wir wollen dabei die Rolle und Ausrichtung der unterschiedlichen  
40 Verbände näher betrachten und dabei nicht übersehen, dass eine deutliche Mehrheit der  
41 Muslime – genau wie bei anderen religiösen Gruppen – nicht in einem Verband organisiert  
42 sind, aber trotzdem religionspolitische Forderungen haben können.

43



# 1 Teilhabepolitik und Interkulturelle Öffnung

2 AntragstellerIn: Bundesvorstand

## 3 Antrag 2

4 Leitantrag

## 5 Gesellschaftspakt für Vielfalt und Teilhabe

6 (Angenommen in geänderter Fassung)

7 Zusammenhalt gehört zur Kernkompetenz der Sozialdemokratie. Sie ist die entscheidende  
8 politische Kraft in Deutschland, die den Zusammenhalt der Gesellschaft immer im Blick  
9 hatte. Sei es nach dem zweiten Weltkrieg, durch Zeiten von Wirtschaftskrisen oder nach der  
10 Deutschen Einheit. Große Umbrüche wurden gerade durch die Sozialdemokratie gestaltet.  
11 Diese Herausforderung stellt sich heute wieder, in der Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft.  
12 Es verlangt nach einer zweiten Deutschen Einheit.

13 Wir leben in einer modernen, vielfältigen Gesellschaft, in der Einwanderung seit Jahrzehnten  
14 gelebte Normalität und Realität ist. Wir müssen dieser Tatsache stärker gerecht werden. Es  
15 braucht einen Plan und einen Gesellschaftspakt für Vielfalt und Teilhabe. Dieser Pakt setzt  
16 einen Rahmen voraus, der auch symbolisch die Einheit unserer Vielfalt darstellt und bei zukünftigen  
17 Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft immer im Blick behält.

18 Wieso nicht einen Feiertag für die nächste Deutsche Einheit am Tag des Grundgesetzes?  
19 Oder wieso nicht ein ähnlicher Akt wie in Kanada als der damalige Premierminister Pierre  
20 Trudeau die "Politik des Multikulturalismus" zur zentralen Leitlinie künftiger kanadischer Politik  
21 proklamierte? Symbole sind gerade an der Stelle, wo wir die Herzen der Menschen erreichen wollen,  
22 ein wichtiger Bestandteil unserer Politik. Umrahmt müssen alle Maßnahmen  
23 durch einen Diskussionsprozess mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung werden.

24 Diesen Gesellschaftspakt, das Teilhabe und Chancengleichheit verfolgt, gilt es aber auch,  
25 durch konkrete gesetzliche und strukturelle Maßnahmen zu untermauern, die aufeinander  
26 abgestimmt und widerspruchsfrei sind. Folgende vier Pfeiler sind dabei für uns eine notwendige  
27 Basis für eine solche kohärente Politik der Teilhabe und Zusammenhalts:

### 28 1. Ein Ministerium für die Einwanderungsgesellschaft

29 Auf Bundesebene ist die Migrations- und Integrationspolitik sehr zersplittert organisiert. Ein  
30 wichtiger Akteur ist einerseits die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge  
31 und Integration. Jedoch ohne entscheidenden gestalterischen Einfluss. In verschiedenen  
32 Ministerien, Soziales, Familie, Arbeit oder Kinder und Jugend, werden Fragen der Teilhabe  
33 behandelt. Faktisch jedoch wird die Integrationspolitik auf Bundesebene entscheidend im  
34 Bundesinnenministerium bestimmt. Neben der Zuständigkeit für das Aufenthalts- und Asylrecht  
35 sowie für das Staatsangehörigkeitsrecht verfügt das Ministerium mit dem Bundesamt für  
36 Migration und Flüchtlinge über eine große nachgeordnete Behörde.

1 Die Integrations- und Migrationspolitik sollte als eigenständiges Politikfeld (z.B. als Abteilung)  
2 in einem Bundesministerium verankert werden. Dies würde zum einen das Thema klarer „an  
3 den Kabinetttisch“ bringen, und zum anderen auch das Ministerium für die Umsetzung der  
4 Politik zuständig machen, das sie auch formuliert hat. In welchem Ministerium, das heißt mit  
5 welchen anderen Politikfeldern, Integrations- und Migrationspolitik verknüpft werden sollte,  
6 oder ob es eigenständig aufgebaut werden sollte, lässt sich nicht allgemein festlegen. Im  
7 Falle einer Eingliederung in ein bestehendes Ministerium wäre ein wichtiges Auswahlkrite-  
8 rium sicherlich die Verbindung mit anderen Bereichen, die wie Integration gesellschaftspoliti-  
9 sche Themen sind, wie Soziales, Familie, Arbeit oder Kinder und Jugend.

10 Entscheidend wäre aber auch die Zusammenführung von Integrationspolitik mit den Politik-  
11 feldern des Aufenthalts-, Staatsangehörigkeits- und Asylrechts in dem zu schaffenden „Integ-  
12 rationsministerium“. Eine Herauslösung des Aufenthalts- und Asylrechts aus dem Innenmi-  
13 nisterium wäre dazu notwendig. Dies bedeutet auch eine Änderung der Zuordnung des  
14 BAMF, das folglich dem neuen Integrationsministerium untergeordnet werden müsste. Ein so  
15 „erweitertes“ Integrationsministerium hätte auch eine entsprechende Größe und klare Fach-  
16 zuständigkeiten, so dass es auch als eigenständiges Ministerium ohne weitere Politikfelder  
17 Sinn machen würde.

## 18 **2. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz**

19 Forderungen wie „mehr Teilhabe“ durch „Interkulturelle Öffnung“ brauchen konkrete Rege-  
20 lungen und Zielvorgaben. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz kann Abhilfe schaffen  
21 und die Öffnung der Gesellschaft entscheidend voranbringen.

22 Ziel eines Partizipations- und Integrationsgesetzes ist, eine Kultur der Anerkennung und För-  
23 derung von Vielfalt zu festigen und jede Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppen-  
24 bezogener Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Dieses Gesetz soll die Abschaffung von  
25 Benachteiligungen und Bevorzugungen von allen Menschen in Deutschland auf Grundlage  
26 des Art. 3 GG garantieren. Weiterhin soll die soziale, gesellschaftliche und politische Teil-  
27 habe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte von Anfang an gefördert werden.

28 Insbesondere soll ein solches Gesetz die eigenen staatlichen Institutionen zu einem Prozess  
29 der Interkulturelle Öffnung verpflichten. Die Vielfalt in der Belegschaft muss entsprechend  
30 dem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte als Orientierung die-  
31 nen. Ein solcher Vorstoß des öffentlichen Arbeitgebers sollte zugleich Ausstrahlung entfalten  
32 und Vorbild sein für alle Bereiche des Arbeitsmarktes, auch für Parteien und Verbände.

## 33 **3. Antidiskriminierung – die neue Säule der sozialdemokratischen Aufstiegs politik**

34 Das Aufstiegsversprechen ist der Kitt unserer Gesellschaft und ein zentrales Element sozial-  
35 demokratischer Politik. Dieses Versprechen hat die Sozialdemokratie in vielen Fällen erfüllen  
36 können, als es beispielsweise um die Arbeiterbewegung oder um das vielzitierte "katholische  
37 Landmädel" ging. Millionen Frauen und Männer profitierten von einer sozialdemokratischen  
38 Aufstiegs- und Bildungspolitik und tun dies nach wie vor. Wir müssen heute jedoch auch fest-  
39 stellen: Das Aufstiegsversprechen wird viel zu oft nicht mehr erfüllt. Dies trifft etwa die vielen  
40 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die neue deutsche Namen tragen, sichtbar das neue Ge-  
41 sicht Deutschlands prägen und familiäre Wurzeln in anderen Regionen der Welt haben. Auch  
42 wenn festzustellen ist, dass der prägende Nachteil, über alle Bürgerinnen und Bürger  
43 Deutschlands hinweg, die soziale Herkunft bleibt.

1 Hierzu gehört für uns zentral eine moderne und zeitgemäße Antidiskriminierungspolitik, da-  
2 mit auch Aufstiegshindernisse durch Diskriminierung beseitigt werden.

3 Dazu braucht es eine Reform des Allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) u.a. mit  
4 folgenden Aspekten: Wir wollen Diskriminierungsmerkmale deutlich weiter fassen, wie bspw.  
5 um die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft. Die rechtliche Verfolgung von Diskri-  
6 minierung wollen wir vereinfachen. Hierzu gehört die Umkehr der Beweislast, aber auch eine  
7 deutliche Ausweitung der Klagefristen. Ein Verbandsklagerecht muss dringend eingeführt  
8 werden, damit Institutionen besonders schwerwiegende Fälle an sich ziehen und den Be-  
9 troffenen direkt helfen können. Das AGG greift heute im privatrechtlichen Bereich. Es bedarf  
10 der Ausweitung auf die Beziehungen zwischen Individuum und staatlichen Institutionen. Hier  
11 gilt es insbesondere die Verabschiedung von Landes-Antidiskriminierungsgesetzen zu för-  
12 dern.

13 Darüber hinaus muss die Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell und personell ge-  
14 stärkt werden, damit wir wichtige Strukturen stärken können. Die ADS kann dadurch ein stär-  
15 keres öffentliches Bewusstsein für den Diskriminierungsschutz schaffen und die Beratungs-  
16 infrastruktur in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Institutionen, aber auch mit Landes-  
17 Antidiskriminierungsstellen, ausbauen und effektiver gestalten. Der / Die Leiter\*in wird zu ei-  
18 nem\*r Beauftragten der Bundesregierung gegen Diskriminierung aufgewertet und nimmt in  
19 dieser Funktion Stellung zu allen Diskriminierungsformen wie z.B. Islamophobie, Homopho-  
20 bie, Sexismus.

#### 21 **4. Vollendung der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**

22 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in der ersten rot-grünen Bundesregierung  
23 wurde das bis dahin prägende Bild vom Deutschsein endlich überwunden. Nicht mehr nur  
24 die Abstammung entscheidet seitdem über die Staatsbürgerschaft, sondern auch die Geburt  
25 in Deutschland. Die heutigen Diskussionen über Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft sind  
26 auch als Folge der rot-grünen Reformen zu verstehen. Diese Reform muss gerade jetzt ver-  
27 teidigt werden gegenüber jenen, die ein Zurück wollen zu der Blut-Ideologie des Kaiser-  
28 reichs.

29 Heute müssen wir die Mängel des Staatsangehörigkeitsrechts klarer beheben. Wir wollen  
30 eine völlige Abschaffung der Optionspflicht und die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit  
31 bei Einbürgerungen. Durch das Anerkennen von Integrationserfolgen und bürgerschaftlichen  
32 Engagement sollen positive Anreize gesetzt werden. Darüber hinaus sollen Hürden bei der  
33 Einbürgerung gesenkt und die Frist zur Erlangung der Staatsbürgerschaft auf mindestens  
34 fünf Jahre verkürzt werden so dass langjährige Verfahren ein Ende findet und dass Men-  
35 schen, die sich bei uns längst integriert haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen.

36 Auch unterhalb der staatsbürgerlichen Gleichstellung müssen Formen der politischen Teil-  
37 habe gestärkt und erweitert werden. Dazu gehören die gesetzlichen Rahmenbedingungen  
38 für eine aktive politische Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen müssen geschaf-  
39 fen werden, vor allem durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen  
40 die Ihren Lebensmittelpunkt hier haben.

41

1 **Antrag 4**

2 AntragstellerIn: Landesverband Schleswig-Holstein

3 **Demokratie erleben für alle!**

4 (Angenommen)

5 Die Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ruft alle Mandatsträgerinnen und Man-  
6 datsträger auf, sich verstärkt um die Teilnehmenden der Orientierungskurse und vergleichba-  
7 rer Kurse zu bemühen und sie in die Parlamente einzuladen. Gleichzeitig fordern wir sie  
8 dazu auf, sich an Mentorenprogrammen zu beteiligen, die sich an politisch interessierte Mig-  
9 rantinnen und Migranten richten, bzw. solche Programme dort zu initiieren, wo sie nicht be-  
10 stehen.

11

12

13 **Flüchtlingspolitik**

14 **Antrag 7**

15 AntragstellerIn: Bundesvorstand

16 EmpfängerIn: SPD-Bundesparteitag

17 **„Sichere Herkunftsstaaten“ kein Instrument der Sozialdemokratie**

18 (Angenommen)

19 Mit dem sogenannten Asylkompromiss Anfang der 90er wurde das Asylrecht in Deutschland  
20 extrem eingeschränkt. Zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kehrten in  
21 diesem Rahmen der SPD den Rücken. Mittlerweile ist die Erkenntnis, dass dieser Sündenfall  
22 ein großer Fehler war, Konsens in der SPD. Genauso auch die Beurteilung der einzelnen  
23 Maßnahmen, die mit den Beschlüssen umgesetzt wurden.

24 Hierzu gehört auch die Regelung zu „sicheren Herkunftsstaaten“, in denen Geflüchteten  
25 keine Verfolgung oder unmenschliche Behandlung drohen und somit kein Anspruch auf Asyl  
26 bestehen würde. Diese Politik wurde seitdem von zahlreichen Sozialdemokratinnen und So-  
27 zialdemokraten kritisiert. Wir halten an der Kritik fest und fordern alle sozialdemokratischen  
28 Entscheidungsträgerinnen und -träger auf, den Versuch der ständigen Ausweitung dieses In-  
29 struments eine Absage zu erteilen.

30 Uns ist bewusst, dass man mit Vertragstreue und verhandelten Kompromissen argumentie-  
31 ren kann, jedoch lehnen wir es strikt ab, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so  
32 tun, als ob das Instrument der „sicheren Herkunftsstaaten“ ein Herzensanliegen der SPD  
33 wäre.

## 1 **Antrag 8**

2 AntragstellerIn: Landesverband Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein

3 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesvorstände und SPD-Landtagsfraktionen  
4 mit SPD-Regierungsbeteiligung

### 5 **Für eine humanitäre Asylpolitik - gegen Seehofers Hau-Ab-Ge-** 6 **setze! Schmerzgrenze für die SPD ist mehr als überschritten!**

7 (Angenommen in geänderter Fassung, Zusammenführung Ursprungsanträge 8+9)

8 Das „Geordnetes Rückkehr-Gesetz“ ist unverzüglich abzuwickeln! Wir fordern Bundesländer  
9 mit SPD-Regierungsbeteiligung auf, im Bundesrat dem Gesetz nicht zuzustimmen, bzw.  
10 wenn es sich um ein Einspruchsgesetz handelt, den Vermittlungsausschuss anzurufen!

11 Hier wird, mit Unterstützung der SPD, die Menschenwürde mit Füßen getreten. Dies würde  
12 der Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt, aber ins-  
13 besondere der Menschen mit Fluchterfahrung, erheblich schaden. Das darf und kann nicht  
14 Ziel eines Gesetzes sein.

### 15 **Gegen die Kürzungen und Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz**

16 Wir lehnen ab, dass nach dem jetzt verabschiedeten Gesetz für Geflüchtete, die in anderen  
17 EU-Ländern anerkannt sind, nach zwei Wochen die Leistungen komplett gestrichen werden  
18 sollen. Solange in EU-Staaten wie Italien, Griechenland und Bulgarien für Asylberechtigte in-  
19 akzeptable Bedingungen herrschen, kann dies nicht hingenommen werden. Der Leistungs-  
20 ausschluss verstößt gegen Art 1. Grundgesetz.

21 Des Weiteren lehnen wir jegliche Sanktionierung bei Integrations- und Sprachkursen ab und  
22 verurteilen die zwanghafte Teilnahmeverpflichtung bei Maßnahmen.

### 23 **Gegen die Ausweitung der Abschiebehaft**

24 Wir lehnen eine Abschiebehaft generell ab, und sind gegen die vorgesehene Ausweitung der  
25 Abschiebehaft. Es widerspricht dem Rechtsstaatsprinzip, wenn Menschen inhaftiert werden  
26 können, indem ihnen schlicht Fluchtgefahr unterstellt wird und sie dann nicht mal - anders  
27 als im Strafrecht - einen juristischen Beistand gestellt bekommen. Die Inhaftierung stellt den  
28 stärksten Eingriff in die persönliche Freiheit des Menschen dar und sollte nur als letztes Mit-  
29 tel zum Einsatz kommen.

30 Abschiebehaft in normalen Gefängnissen durchzuführen, widerspricht klar europäischem  
31 Recht, wie auch der EuGH geurteilt hat.

### 32 **Gegen die Kriminalisierung von Helferinnen und Helfern aus der Zivilgesellschaft**

33 Dass jetzt der gesamte Ablauf einer Abschiebung als Amtsgeheimnis im Sinne von § 353b  
34 StGB deklariert wird, lehnen wir als unverhältnismäßig ab. Dadurch, dass selbst Tatsachen,  
35 die den Betroffenen wie bereits bekannt sind, als Geheimnis eingestuft werden, führt dies zu  
36 einer massiven Einschüchterung von Akteur\*innen der Zivilgesellschaft, die sich des Ver-  
37 dachts der Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses aussetzen. Daher lehnen wir de-  
38 ren Kriminalisierung ab!

### 39 **Gegen die Einführung einer Duldungsregelung für „Personen mit ungeklärter Identi-** 40 **tät“**

1 Das Gesetz eine Duldung für Personen mit "ungeklärter Identität" ein. Diese Menschen sol-  
2 len pauschal mit Arbeitsverbot und Wohnsitzauflage belegt werden. Wir lehnen diese Rege-  
3 lungen als unnötig ab, da genau diese Sanktionen sowieso jetzt schon möglich sind.

4 Unter diese Regelung sollen jedoch nicht nur Menschen fallen, deren Identität nicht bekannt  
5 ist, sondern auch diejenigen, die angeblich ihre Passbeschaffungspflicht nicht erfüllen.  
6 Schon jetzt gibt es zahlreiche Fälle, in denen es den Betroffenen unmöglich ist, dem nachzu-  
7 kommen. Diese Regelung wird zahlreiche Menschen in eine prekäre Aufenthaltslage treiben  
8 und vor allem minderjährigen Geflüchteten trotz guter Integration die Perspektive nehmen,  
9 zumal die Zeit in dieser Duldung nicht als Vorduldungszeit für Bleiberechtsregelungen gelten.  
10 Wir lehnen diese Regelungen daher ab.

## 11 **Gegen die Verschärfung des Ausweisungsrechts**

12 Mit den jetzt verabschiedeten Änderungen wird zum wiederholten Mal das Ausweisungsrecht  
13 allgemein verschärft. Jetzt soll ein schweres Ausweisungsinteresse u.a. bereits dann vorlie-  
14 gen, wenn bei bestimmten Straftatbeständen eine Verurteilung zu einer Jugend- oder Frei-  
15 heitsstrafe von lediglich 6 Monaten (bisher 1 Jahr) erfolgt ist. Damit wird die gerade erst ein-  
16 geführte neue einheitliche Systematik im Ausweisungsrecht erneut einseitig in Richtung Aus-  
17 weisungsinteresse verändert. Dies zerstört das beabsichtigte Gleichgewicht und u.U. auch  
18 die Verhältnismäßigkeit der Ausweisung. In der Folge kann selbst eine vergleichsweise  
19 harmlose Straftat wie das wiederholte Fahren ohne Fahrschein zu einer Ausweisung führen.

20

21 Außerdem werden die Änderungen gerade die Voraussetzungen für Abschiebungen von an-  
22 erkannten Geflüchteten subsidiär Geschützten weiter herabsetzen. Bei diesen Personen-  
23 gruppen ist oft eine Abschiebung wegen der im Herkunftsstaat drohenden Gefahren unzuläs-  
24 sig, was im Zweifel zu mehr Menschen mit einer Duldung führt und die Integration weiter er-  
25 schwert. Diese Regelungen sind daher abzulehnen.

26

27

## 28 **Europäische Flüchtlingspolitik**

### 29 **Antrag 19**

30 AntragstellerIn: Landesverband Saar

### 31 **Abkehr von der menschenverachtenden europäischen Abschot-** 32 **tungspolitik**

33 (Angenommen)

34 Die gegenwärtige Flüchtlingspolitik der EU-Staaten bricht massiv mit Artikel 2 des Vertrages  
35 der Europäischen Union, der besagt:

36 „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit,  
37 Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte...“

1 Doch gerade im Umgang mit Schutzsuchenden zeigt sich, dass dieses Bekenntnis nichts  
2 (mehr) wert ist.

### 3 ABSCHRECKUNG STATT SCHUTZ

4 Die EU ignoriert die Not der Geflüchteten, welche diese zwingt, tagtäglich das Risiko einzu-  
5 gehen, mit maroden, nicht seetüchtigen Booten das europäische Festland zu erreichen. Das  
6 massenhafte Sterben im Meer erregt heutzutage kaum noch ein Schulterzucken, stattdessen  
7 werden deutsche und europäische Politiker immer kreativer in ihren fragwürdigen Ideen zur  
8 Schließung der EU-Außengrenzen.

### 9 KOOPERATION MIT BRUTALEN PARTNERN

10 Das Ziel der Europäischen Union ist es, möglichst keine Flüchtlinge aufnehmen zu müssen.  
11 Hierfür werden unhaltbare, menschenverachtende Zustände in Partnerländern bagatellisiert  
12 oder schlicht ignoriert. Erwiesenermaßen werden beispielsweise in Libyen Tausende Flücht-  
13 linge in illegalen Gefangenenlagern inhaftiert, gefoltert, vergewaltigt und Schlimmeres. Eine  
14 Rückführung von in Seenot geratenen Menschen nach Libyen oder ein anderes nordafrikani-  
15 sches Land ist beispiellos in seiner Missachtung der Menschenrechte. Verkauft wurde dieses  
16 Vorgehen mit dem Versprechen, einige zehntausend Flüchtlinge legal nach Europa zu brin-  
17 gen, jedoch ist dies bis heute nicht geschehen, ebenso wenig habe Geflüchtete eine Mög-  
18 lichkeit, in diesen Ländern einen legalen Antrag auf Asyl zu stellen.

### 19 GHETTOÄHNLICHE ZUSTÄNDE IN EUROPA

20 Sobald Geflüchtete einen Weg nach Europa geschafft haben, werden sie in unhaltbaren Hot-  
21 spots festgehalten, wie z. B. in Griechenland und Italien. Die Behörden dieser Länder sind  
22 seit Jahren überfordert und rufen vergebens um Unterstützung der anderen EU-Mitgliedstaa-  
23 ten. So ist es nicht verwunderlich, dass Tausende von Menschen nun schon teilweise bis  
24 2021 auf einen Termin zur Anhörung warten müssen. Während dieser Wartezeit ist ihnen der  
25 Eintritt in eine zivilisierte Gesellschaft praktisch nicht möglich. Schlimmer noch, die Lebens-  
26 umstände in den europäischen Hotspots gleichen denen eines Entwicklungslandes; es gibt  
27 keine festen Unterkünfte, nur unzureichende Sanitäreinrichtungen, kaum Zugang zu Rechtsbei-  
28 ständen usw. Ohne die unermüdliche Arbeit der NGO`s, würden selbst Minimalstanforderun-  
29 gen nicht bestehen.

### 30 KRIMINALISIERUNG VON NGO`S

31 Mittlerweile sind einige EU-Mitgliedsstaaten dazu übergegangen, aktive Seenotretter\*innen als  
32 Schleppergehilfen zu diffamieren und kriminalisieren. Somit wird ein Argument geschaffen,  
33 Schiffe mit aus Seenot geretteten Geflüchteten von einer Anlandung an der Küste zu hin-  
34 dern. Es ist skandalös, dass Lebensretter sogar als Schlepper vor Gericht gestellt und mit  
35 Haft bedroht werden. Dabei kommen die meist ehrenamtlichen Seenotrettern dem internatio-  
36 nalen Seerecht nach. Es ist die humanitäre und moralische Pflicht der Europäischen Union,  
37 einen flächendeckenden und belastbaren Seenotrettungsdienst aufzubauen anstatt die zivile  
38 Seenotrettung zu blockieren.

### 39 ÜBERPRÜFUNG DER DUBLIN-VERORDNUNG

40 Auch nach einigen Jahren hat sich die Dublin-Verordnung nicht bewährt, im Gegenteil. Sie  
41 liefert den EU-Mitgliedsstaaten das Argument, keine Flüchtlinge im eigenen Land aufnehmen

1 zu müssen. Die Konsequenz hieraus ist jedoch die untragbare Überbelastung der Länder an  
2 den EU-Außengrenzen wie Italien, Griechenland, Spanien. Nicht nur, dass die sogenannten  
3 Hotspots kaum menschenwürdig betrieben werden, können diese Länder nicht die Hauptbe-  
4 lastung der Asylsuchenden tragen. Hier ist immer noch das solidarische und geeinte Europa  
5 gefordert, wie es im Artikel 2 des EU-Vertrages niedergeschrieben ist. Europa hat eine Ver-  
6 antwortung und muss ihr endlich nachkommen, ein gerechtes und praktikables Verteilungs-  
7 system entwickeln und umsetzen.

8 Zusammenfassend wollen wir ein Europa, das sich seiner humanitären und moralischen Ver-  
9 pflichtung besinnt und die Würde des Menschen schützt. Wir sind ein Zusammenschluss  
10 wohlhabender Staat mit Vorbildfunktion auf der ganzen Welt. Daher fordern wir

- 11 - Schutz für Flüchtlinge in einem solidarischen Europa
- 12 - Sichere und legale Zugangswege nach Europa
- 13 - Eine menschenwürdige Aufnahme und Achtung der Rechtssicherheit
- 14 - Eine europäische Lösung für die zivile Seenotrettung

15

## 16 **Antrag 23**

17 AntragstellerIn: Landesverband Baden-Württemberg

18 EmpfängerInnen: SPD Bundestagsfraktion, Bundes-AG Migration & Vielfalt, SPD Fraktion im  
19 Europaparlament, SPD Bundesvorstand, SPD Bundesparteitag

## 20 **Stoppt das Sterben im Mittelmeer!**

21 (Angenommen in geänderter Fassung)

22 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, des Bundetages und  
23 des Europäischen Parlaments dazu auf, sich für ein neues Programm zur Rettung von in  
24 Seenot geratenen Flüchtlingen stark zu machen. Die Kriminalisierung der privaten Seenotret-  
25 ter muss sofort beendet werden. Die SPD soll hierzu Anstrengungen auf Bundes- als auch  
26 auf Europaebene unternehmen.

27

28

29

30



# 1 **Organisation**

## 2 **Antrag 29**

3 AntragstellerIn: Bundesvorstand

### 4 **Doppelspitzen in den AG-Richtlinien ermöglichen**

5 (Angenommen)

6 Die Bundekonferenz beauftragt den nächsten Bundesausschuss, im Fall einer Richtlinienän-  
7 derung, die eine Doppelspitze bei den Arbeitsgemeinschaften erlaubt, die Möglichkeit zu prü-  
8 fen, eine Doppelspitze informell im gewählten Bundesvorstand einzurichten.

9 Wir fordern weiterhin den Parteivorstand auf, durch eine Richtlinienänderung bei den Arbeits-  
10 gemeinschaften die Doppelspitze als Alternativmodell zum Vorsitzmodell aufzunehmen. Wir  
11 begrüßen die Signale hierzu von der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär, diese Än-  
12 derung zu unterstützen.

13

14

15

## 16 **WEITERE ANTRÄGE**

### 17 **Initiativantrag 1**

18 AntragstellerIn: Bundesvorstand AG Migration und Vielfalt

19 EmpfängerInnen: Parteivorstand der SPD, Mitglieder des Bundestages

### 20 **Keine Rolle rückwärts beim Staatsangehörigkeitsrecht**

21 (Angenommen in geänderter Fassung)

22 Noch vor der Sommerpause plant der Bundestag eine Reform des Staatsangehörigkeits-  
23 rechts. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder auf, die Gesetzesänderung unver-  
24 züglich zu stoppen. Der Parteivorstand und die Parteiführung müssen zu den Änderungen,  
25 die noch dazu unsere Erfolge beim Staatsangehörigkeitsrechts unter Rot-Grün konterkarie-  
26 ren würden, innerhalb der SPD eine Diskussion initiieren.

27 Unter dem Radar der Öffentlichkeit soll ein „Leitkultur-Paragraf“ beschlossen werden. Als Vo-  
28 raussetzung für eine Einbürgerung soll die nebulöse Formulierung „Einordnung in die deut-  
29 schen Lebensverhältnisse“ eingeführt werden. Ohne jedwede Definition und sicher mit kei-  
30 nem guten Willen. Das ist nicht hinnehmbar. Beamten würde in der Praxis somit überlassen

1 werden, nach eigenem Ermessen zu urteilen, wer sich in die „deutschen Lebensverhältnisse“  
2 einordnen könnte oder nicht.

3 Weitere Aspekte an den Änderungen im Gesetz stoßen übel auf und müssen nochmal über-  
4 arbeitet werden:

- 5 • Einbürgerungen sollen künftig 10 Jahre lang auf Probe sein. Was das mindestens für die  
6 Frage der Identifikation bedeutet, kann man sich leicht ausmalen.
- 7 • Künftig sollen sich nur noch Menschen einbürgern lassen können, deren Identität eindeu-  
8 tlig geklärt ist. Das bedeutet, dass viele Geflüchtete auf absehbare Zeit keine Staatsbür-  
9 ger werden können. Das ist integrationspolitisch ein Desaster.

10

## 11 **Initiativantrag 2**

12 AntragstellerInnen: Landesverbände Hessen-Süd, Schleswig-Holstein, Berlin

### 13 **Für einen strukturellen und inhaltlichen Neuanfang der SPD**

14 (Angenommen bis einschließlich Punkt 2 unter „Strukturelle Punkte“, ab da überwiesen an  
15 den Bundesvorstand)

16 Die anhaltenden schlechten Wahlergebnisse haben ein politisches Beben innerhalb der Partei  
17 verursacht. Der AG Migration und Vielfalt fordert vor diesem Hintergrund, dass die anstehende  
18 personelle Erneuerung an klare strukturelle und inhaltliche Vorstellungen geknüpft sein muss.  
19 Die Leitlinie unseres Handelns muss die konsequente Überwindung von ökonomischer und  
20 sozialer Ungleichheit sein. Wir schlagen daher Punkte struktureller und inhaltlicher Natur für  
21 den Neuanfang der SPD vor. Die inhaltlichen Punkte werden auch als Grundsätze dienen, an  
22 denen wir alle Kandidat\*innen für zukünftige Spitzenämter messen werden.

23

#### 24 Strukturelle Punkte

- 25 1. Es wird eine Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in unseren Par-  
26 teistrukturen gemäß der gesellschaftlichen Bevölkerungsrealität und im Einklang des  
27 Beschlusses des Parteivorstands von 2011 verbindlich umgesetzt.
- 28 2. Die Doppelspitze wird ermöglicht. Für die Doppelspitze in der Partei gilt das Prinzip der  
29 Geschlechterparität.
- 30 3. Die Doppelspitze der Parteivorsitzenden wird per Urwahl gewählt.
- 31 4. Das Amt der/des Fraktionsvorsitzenden und Parteivorsitzenden soll getrennt  
32 sein.
- 33 5. Anhand eines inhaltlichen Point-of-no-return soll der Ausstieg aus  
34 der Groko erfolgen.
- 35 6. Der Neuanfang muss mit einer ausgiebigen inhaltlichen Debatte mit Regionalkonferen-  
36 zen und wo notwendig, auch mit Mitgliederentscheiden begleitet werden. Die Mitglieder  
37 der SPD müssen nun aktiv in den Erneuerungsprozess eingebunden werden, unab-  
38 hängig von Funktion und Mandat. In dieser Sache muss der bisher bestehende Partei-  
39 vorstand unabhängig und neutral sein.
- 40 7. Der Parteivorstand/die Fraktion werden zur Inklusion ihrer AGn als innerparteilichen  
41 Expert\*innen verpflichtet. Bei relevanten Themen muss der betreffenden AG vorher

1 eine Empfehlung und/oder Anhörung ermöglicht werden. Diese kann vom BuVo der  
2 entsprechenden AG auch eingefordert werden.  
3

#### 4 Inhaltliche Punkte

- 5 **1. Wirtschaft von Morgen:** Wir brauchen eine nachhaltige Produktion und Verwertung,  
6 die Menschen und Klima nutzt. Wir wollen uns stärker mit der Frage befassen, welche  
7 Wirtschaftsbereiche der Marktlogik entzogen werden müssen und wie sie für eine  
8 gemeinnützige Wertschöpfung aufgestellt werden können. Dazu wollen wir  
9 Unternehmens- und Besitzstrukturen demokratisieren. Die Ausweitung betrieblicher  
10 Mitbestimmung ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer ökonomischer  
11 Vorstellungen.
- 12 **2. Gerechte Verteilung:** In Deutschland besitzen die reichsten 1 % der Haushalte ein  
13 Drittel des Vermögens. Reichtum wird zunehmend geerbt statt erarbeitet. Wir brauchen  
14 deshalb ein gerechteres Steuersystem, in dem die Breite der Gesellschaft entlastet  
15 wird und eine faire Umverteilung erfolgt. Dazu gehören ein deutlich progressiveres Ab-  
16 gabensystem, die Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Wiedererhebung der Ver-  
17 mögenssteuer. Gerechtigkeit heißt immer Steuergerechtigkeit. Daher fordern wir Ver-  
18 mögen und Erbe endlich wieder angemessen zu besteuern und Gewinne am Kapital-  
19 markt über die Einkommenssteuer zu besteuern. Für und gilt: Täglich arbeitende Men-  
20 schen dürfen nicht stärker steuerlich belastet werden als Zucker am Aktienmarkt.
- 21 **3. Bezahlbarer Wohnraum:** Mieten sind der größte Faktor, der die  
22 Lebenshaltungskosten der Menschen aus dem Ruder laufen lässt. Für die Berliner  
23 SPD ist klar, dass der Wohnungsmarkt ohne staatliche Eingriffe und ohne eine  
24 prägende Rolle des sozialen Wohnungsbaus nicht mehr ausreichend bezahlbaren  
25 städtischen Wohnraum bereitstellt. Daher gilt: "Kaufen, Bauen, Deckeln" - auch auf  
26 Bundesebene.
- 27 **4. Neuaufstellung des Sozialstaates:** Wir unterstützen den Kurs, den der  
28 Parteivorstand mit dem Sozialstaatspapier eingeschlagen hat. Wir wollen Hartz IV  
29 überwinden. Gute Arbeit am ersten Arbeitsmarkt bleibt die Grundlage für Wohlstand.  
30 Wir stehen zusätzlich für ein sanktionsfestes Existenzminimum und für neue Wege wie  
31 das solidarische Grundeinkommen. Darüber hinaus wollen wir die Bürgerversicherung  
32 konsequent weiter denken - auch in Rente und Pflege brauchen wir eine Versicherung  
33 für alle Einkommensarten.
- 34 **5. Offene Gesellschaft:** Die SPD muss sich radikal als linke progressive Kraft aufstellen,  
35 die für eine offene Gesellschaft kämpft und eine auf Menschlichkeit basierende Migra-  
36 tions- und Integrationspolitik konsequent verfolgt. Wir wenden uns gegen alle Versu-  
37 che, eine linke Sozialpolitik mit einer restriktiven Einwanderungspolitik zu verbinden.  
38 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen daher endlich wieder eine pro-  
39 gressive und humanitäre Einwanderungs- und Asylpolitik. Daher fordern wir endlich die  
40 Streichung des Artikel 16 a Absatz 2 des GG, der das Recht auf Asyl seit über 20  
41 Jahren faktisch aushebelt. Gleichzeitig brauchen wir eine gerechte europäische Lö-  
42 sung. Die Auslagerung des Asylrechts auf europäischer Ebene durch die Dublin 2 Ver-  
43 ordnung ist keine solidarische europäische Lösung. Diese gilt es zu reformieren.  
44 Gleichzeitig fordern wir die mit dem letzten Asylpaket 2 verabschiedete Verschärfung  
45 des Asylrechts, die eine Kriminalisierung von geflüchteten Menschen und Helfern be-  
46 deutet, endlich zu beenden. Flucht ist kein Verbrechen, sondern ein Menschenrecht.
- 47 **6. Konsequent international:** Unsere Sozialdemokratie ist konsequent  
48 internationalistisch. Handel und internationale Beziehungen richten wir an den

1 Prinzipien der Menschenrechte, der Friedenssicherung, der nachhaltigen Entwicklung  
2 und der Überwindung struktureller Ungleichheiten aus.

3 **7. Klima:** Die Energiewende muss endlich konsequent umgesetzt werden. Der Ausstieg  
4 aus der Kohle und die begleitenden Infrastrukturmaßnahmen müssen beschleunigt  
5 werden. Wir brauchen eine sozialverträgliche CO<sub>2</sub>-Besteuerung. Ökologische  
6 Nachhaltigkeit muss in sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik von Grund auf verankert  
7 werden. Darüber hinaus braucht Deutschland weiterhin ein Klimaschutzgesetz, das  
8 durch die Umweltministerin Svenja Schulze vorangetrieben wird. Es sieht ein  
9 klimaneutrales Land bis 2050 vor.

10

11

## 12 **Folgende Anträge wurden nicht behandelt:**

13 A3, A5, A6, A11, A12, A13, A14, A15, A16, A17, A18, A20, A21, A22, A24, A25, A26, A27,  
14 A28, A30, A31, A32, A33

15

## 16 **Folgender Antrag wurde zurückgezogen:**

17 A10